



**Haushalt 2019;  
Stellenplan**

**Beschlussvorschlag:**

Beschlussfassung im Rahmen des Gesamthaushalts.

**Aufwand/Finanzielle Auswirkungen:**

Gesamtaufwand: 58.078.000,00 EUR	Anteil Landkreis:	58.078.000,00 EUR
Gesamtergebnishaushalt	Im Haushaltsplanentwurf 2019 veranschlagte Haushaltsmittel:	58.274.730,00 EUR
	Über Änderungsliste zu reduzieren auf:	58.078.000,00 EUR

**Sachdarstellung/Begründung:**

1. Haushaltsansatz

Haushaltsansatz 2018	54.895.000,00 EUR
Haushaltsansatz 2019	58.078.000,00 EUR
Mehr gegenüber Planansatz 2018	3.183.000,00 EUR

Die Erhöhung setzt sich wie folgt zusammen:

Tarifierhöhung (ab 01.04.2019 um 3,09 %)	1.032.000,00 EUR
Erhöhung Pflegeversicherung (ab 01.01.2019 um 0,3 %)	100.000,00 EUR
50% Zusatzbeiträge Krankenversicherung ab 01.01.2019 vom Arbeitgeber zu tragen	60.000,00 EUR
Besoldungserhöhung (Schätzung ab 01.07.2019 um 2,5 %)	156.000,00 EUR
Beförderungen, Stufensteigerungen	180.000,00 EUR
Vollfinanzierung der Stellenschaffungen im Haushalt 2018, da nicht ganzjährig etatisiert	545.000,00 EUR
Stellenschaffungen 2019 (nicht ganzjährig etatisiert)	1.110.000,00 EUR

Die Stellenschaffungen in 2019 (nicht ganzjährig etatisiert) werden in 2020 zusätzliche Personalkosten in Höhe von 775.000,00 EUR verursachen.

## 2. Stellenstreichungen

Aus Sicht der Verwaltung können im Kreisveterinäramt im Bereich der Verwaltung 0,8 Stellenanteile gestrichen werden (i. V. m. 1,0 Stellenschaffung Veterinärhygienekontrollleur), Anlage 2 Ziffer 1.

## 3. Stellenschaffungen

Für das Jahr 2019 ist aus Sicht der Verwaltung die Schaffung und Besetzung von 47,75 Stellen erforderlich.

- 7,7 Stellenschaffungen verursachen keine zusätzlichen Kosten, da bereits Mitarbeiter/-innen befristet eingesetzt werden, Anlage 2 Ziffer 2a):
  - o 1,7 neue Stellenanteile sind im Bereich des Gebäudemanagements notwendig, da die zu erledigenden Aufgaben und die Zahl der Gebäude weiter angestiegen sind. Trotz dieser Stellenmehrung wird der empfohlene Personalschlüssel nach KGSt weiter unterschritten.
  - o 0,5 neue Stellenanteile sind im Hauptamt aufgrund der derzeitigen Arbeitsmarktsituation, des Fachkräftemangels und zur Mitarbeiterbindung im Bereich der Personalentwicklung erforderlich.
  - o 0,5 neue Stellenanteile sind durch gestiegenen Aufwand im Bereich Planung und Verkehr - Radwege begründet.
  - o 1,0 neue Stellenanteile werden im Vorzimmer der Amtsleitung Amt 22 aufgrund von hausinternen Stellenverschiebungen benötigt.
  - o 1,0 neue Stellenanteile sind aufgrund eines Beschlusses des Verwaltungsausschusses (KT-Drucksache Nr. IX-0539) für die dauerhafte Einrichtung der Stelle der Europabeauftragten erforderlich.
  - o 2,0 neue Stellenanteile sind in der Heimaufsicht nach Beendigung der Projektphase aufgrund des Berichts zu den Auswirkungen der Neuregelungen des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes (WTPG) notwendig. Auch nach Ablauf der ersten 3 Jahre ist eine Regelüberwachung zum Schutz der Bewohner/-innen erforderlich.
  - o 1,0 neue Stellenanteile werden zur Aufarbeitung von Rückständen im Gaststättenbereich und in der Kommunalaufsicht benötigt. Diese werden mit einem kw-Vermerk versehen.
- 7,0 Stellenschaffungen sind gegenfinanziert, Anlage 2 Ziffer 2b):
  - o 1,0 neue Stellenanteile sind auf Grundlage einer Personalbedarfsbemessung im Bereich der Sonderordnungswidrigkeiten erforderlich. Diese Stelle ist durch ein erhöhtes Bußgeldaufkommen refinanziert.
  - o 2,0 neue Stellenanteile sind durch höhere Fallzahlen im Job-Center Landkreis Reutlingen begründet. Die Personalkosten werden aus dem Haushalt des Job-Centers Landkreis Reutlingen getragen. Der kommunale Finanzierungsanteil an den Gesamtverwaltungskosten beträgt 15,2 %.
  - o 3,0 neue Stellenanteile sind in der Bußgeldstelle aufgrund eines erhöhten Aufkommens von Verkehrsordnungswidrigkeiten notwendig. Diese Stellen sind durch ein erhöhtes Bußgeldaufkommen refinanziert. Außerdem werden sie mit einem kw-Vermerk versehen.
  - o 1,0 neue Stellenanteile werden zur Neuausrichtung des Gesundheitsamtes benötigt. Die Kosten hierfür sind durch FAG-Mittel gedeckt.
- 26,05 Stellenschaffungen sind für die Bearbeitung neuer und erweiterter Aufgaben erforderlich (ohne kw-Vermerk), Anlage 2 Ziffer 2c):

- 1,0 neue Stellenanteile sind im Bereich der Kämmerei zur Umsetzung der Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz und Implementierung eines Tax Compliance Management Systems notwendig.
  - 1,0 neue Stellenanteile werden zur Intensivierung des Controllings für die Verwaltungsleitung benötigt.
  - 1,0 neue Stellenanteile sind im Hauptamt aufgrund der derzeitigen Arbeitsmarktsituation, des Fachkräftemangels und zur Mitarbeiterbindung im Bereich der Personalentwicklung erforderlich.
  - 1,0 neue Stellenanteile werden zur landratsamtsweiten Einführung und Weiterentwicklung des Geoinformationssystems (GIS) benötigt.
  - 0,5 neue Stellenanteile sind nach einer Personalbedarfsbemessung im Bereich der verkehrsrechtlichen Anordnungen notwendig.
  - 10,35 neue Stellenanteile sind durch gestiegenen Aufwand oder höhere Fallzahlen begründet, überwiegend im Bereich des Hauptamtes (4,0 Stellenanteile in den Geschäftsteilen Personal und EDV, vgl. Anlage 2, 2c) Nr. 4 + 5, 7 + 8) und des Kreissozialamtes (3,4 Stellenanteile, vgl. Anlage 2, 2c) Nrn. 23 - 29).
  - 1,2 neue Stellenanteile sind zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes notwendig.
  - 0,5 neue Stellenanteile werden zur Umsetzung der neuen Konzeption der Waffenbehörde benötigt.
  - 1,0 neue Stellenanteile sind für einen Veterinärhygienekontrolleur zur Unterstützung der Amtstierärzte notwendig (i. V. m. 0,8 Stellenstreichung Verwaltung).
  - 0,5 neue Stellenanteile sind beim Kreislandwirtschaftsamt notwendig, um dem erhöhten Kontrollaufwand im Zusammenhang mit EU-Förderverfahren Rechnung zu tragen.
  - 2,0 neue Stellenanteile werden beim Kreissozialamt aufgrund einer Gesetzesänderung in den Bereichen Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe benötigt.
  - 4,5 neue Stellenanteile sind in der Eingliederungshilfe zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes erforderlich.
  - 0,5 neue Stellenanteile werden zur Erfüllung des gesetzlichen Freistellungsanspruches des Personalrates benötigt.
  - 1,0 neue Stellenanteile sind im Geschäftsteil ÖPNV/Schülerbeförderung notwendig, da in diesem Bereich der Aufwand gestiegen ist.
- 7,0 Stellenschaffungen sind aufgrund von Aufgaben, die zeitlich begrenzt anfallen, erforderlich und sollen mit kw-Vermerk geschaffen werden, Anlage 2 Ziffer 2d):
- 0,5 neue Stellenanteile werden im Kommunalamt aufgrund der neuen Aufgaben der Datenschutzgrundverordnung benötigt.
  - 1,0 neue Stellenanteile sind im Hauptamt zur Einführung eines Datenmanagementsystems erforderlich.
  - 1,0 neue Stellenanteile sind für die Einrichtung einer Infotheke als „Wegweiser“ für das Publikum notwendig.
  - 4,5 neue Stellenanteile sind aufgrund eines zeitlich begrenzten höheren Aufwandes zum Beispiel im Bereich des Hauptamtes und des Allgemeinen Sozialen Dienstes des Kreisjugendamtes erforderlich.
4. Der Stellenplan im Jahr 2019 wird insgesamt 46,95 Stellen mehr umfassen als im Jahr 2018 (Anlage 1). Aufgrund der derzeitigen Arbeitsmarktlage und des Fachkräftemangels sind die Aussichten, geeignetes Personal für eine befristete Beschäftigung zu akquirieren, schlecht. Fachlich qualifiziertes Personal ist in der derzeitigen Situation nur durch das Angebot einer unbefristeten Beschäftigung möglich. Auch für den Einsatz von Rückkehrerinnen aus Elternzeit oder Sonderurlaub sind Stellen notwendig. Das Bereitstellen von Mitteln im Haushalt ist hierfür nicht ausreichend. Die Stellen werden deshalb nur formal benötigt. Aufgrund der natürlichen Fluktuation ist es unproblematisch, Personal, das für eine zeitlich befristete Aufgabe benötigt wird, anderweitig einzusetzen.

Durch das Instrument des kw-Vermerks besteht die Möglichkeit, dieser besonderen Situation gerecht zu werden. Die Einrichtung eines kw-Vermerks wurde vonseiten der Verwaltung umfassend geprüft und bei 12,0 Stellenanteilen für sinnvoll erachtet.

Auch im Jahr 2019 wird das Personal beim Landkreis wie bereits seit Jahren sehr sparsam eingesetzt. Eine weitere Zuweisung von zusätzlichen Aufgaben ist aus Sicht der Verwaltung nicht mehr zu verantworten und auch ökonomisch nicht zu vertreten. Die stetig weiter steigenden Aufgaben erfordern sehr großes Engagement und Einsatzfreude der Mitarbeiter/-innen, eine gute, flexible Organisation und die Nutzung von Rationalisierungseffekten. Die durch Stellenreduzierungen und Aufgabenzuwächse der vergangenen Jahre stark ausgelasteten Mitarbeiter/-innen können nicht weiter belastet werden, sodass die vorgesehenen Stellenschaffungen dringend notwendig sind. Aufgrund der derzeitigen Arbeitsmarktsituation ist es auch wichtig, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die Arbeitsbelastung für die/den einzelne/-n Mitarbeiter/-in akzeptabel ist und keine untragbaren Überlastungssituationen entstehen, die zu einer Abwanderung des Personals führen.

5. Im Bereich Asyl gibt es eine Vielzahl an Projekten, die im Jahr 2018 von verschiedenen Seiten gefördert wurden (insgesamt 11,9 Stellenanteile). In den meisten Bereichen konnte eine weitere Förderung bis in das Jahr 2019 erreicht werden. 2 Förderanträge sind noch offen bzw. noch nicht endgültig entschieden. Um die durch die bisherige Arbeit erzielten Erfolge weiterzuführen, ist es sinnvoll, die Projekte für die Dauer des Förderzeitraumes fortzuführen. Auf eine Einrichtung von Stellen im haushaltsrechtlichen Stellenplan wird in diesem Bereich jedoch verzichtet. Die Entscheidung, ob eine Fortführung der Projekte erfolgen soll, erfolgt jährlich im Rahmen der Haushaltsberatungen.
6. Sämtliche Personalaufwendungen werden nach dem entstehenden Aufwand in den Haushalt eingestellt. Sofern Personalkostenerstattungen eingehen, werden diese auf der Einnahmenseite verbucht. Diese Einnahmen werden nicht direkt bei den Personalaufwendungen auf der Ausgabenseite abgesetzt (Bruttoprinzip).
7. Die Anlage 2 enthält die Änderungen zum Stellenplan 2019 und die Begründung dazu. Die Verwaltung wird in der Sitzung ergänzende Erläuterungen geben. Die von der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2019 vorgeschlagene Fassung des Stellenplans ergibt sich aus der einschlägigen Anlage des Haushaltsplanentwurfs. Änderungen in der Zuordnung des Personals zu den Produkten können zu entsprechenden Verschiebungen der Stellenanteile in den jeweiligen Teilhaushalten und Produktbereichen führen.
8. Im Jahr 2019 soll die Zahl der Auszubildenden beim Landratsamt Reutlingen merklich angehoben werden. Hierzu werden im nachrichtlichen Teil des Stellenplans weitere Ausbildungsstellen ausgewiesen. Schon jetzt zeigt sich, dass der Personalbedarf wesentlich höher ist als die Zahl der Auszubildenden, die ihre Ausbildung abschließen. Diese Maßnahme ist zur Nachwuchsgewinnung dringend erforderlich, da in den nächsten Jahren verstärkt Mitarbeiter/-innen in den Ruhestand eintreten werden.
9. Dem Personalrat steht nach dem Landespersonalvertretungsgesetz ein Anhörungsrecht zu. Die Verwaltung geht davon aus, dass über die Äußerung des Personalrats in der Sitzung des Verwaltungsausschusses berichtet werden kann.

LANDRATSAMT REUTLINGEN  
Anlage 1 zu KT-Drucksache Nr. IX-0560

Entwicklung der Zahl der Planstellen						
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen	davon Leer- stellen	gesamt ohne Leerst.
		Beschäftigte				
2010	266,15	470,29	29	765,44	25	740,44
2011	273,15	478,04	29	780,19	30	750,19
2012	278,16	484,45	29	791,61	30	761,61
2013	282,16	482,55	29	793,71	30	763,71
2014	287,96	493,25	29	810,21	30	780,21
2015	300,96	498,15	25	824,11	30	794,11
2016	356,86	532,25	25	914,11	30	884,11
2017	370,85	537,31	25	933,16	35	898,16
2018	361,70	539,46	25	926,16	35	891,16
2019	396,10	552,01	25	973,11	35	938,11

1)

1) Evaluation der Verwaltungsreform (VRWG)  
 (netto + 5 Stellen)

Stellenplan 2019

1. Stellenstreichungen

Nr.	Amt	THH	Bezeichnung	Bes. Gr./ Entg. Gr.	Bemerkungen
1	24	2, 11	Verwaltung Kreisveterinäramt	0,8 E05	Streichung Verwaltung i. V. m. Schaffung 1,0 Stellenanteil Veterinärhygienekontrolleur
				<b>0,8</b>	

## 2. Stellenschaffungen

### a) kostenneutral, da bereits befristete Beschäftigung

Nr.	Amt	THH	Bezeichnung	Bes. Gr./ Entg. Gr.	Bemerkungen
1	12	1	Personalentwicklung	0,5 A12	Arbeitsmarktsituation, Fachkräftemangel, Mitarbeiterbindung
2	13	3	Verwaltungstätigkeiten Gebäudemanagement	0,7 E08	Aufgabenzuwachs, Anstieg Gebäudezahl, Personalschlüssel KGSt
3	13	1, 3	Bautechniker technisches Gebäudemanagement	1,0 E10	Aufgabenzuwachs, Anstieg Gebäudezahl, Personalschlüssel KGSt
4	14	10	Planung und Verkehr - Radwege	0,5 A8	erhöhter Aufwand
5	22	2, 11, 12	Vorzimmer Amtsleitung	1,0 E07	hausinterne Stellenverschiebungen
6	33	1	Europabeauftragte	1,0 A11	siehe auch KT-Drucksache Nr. IX-0539
7	43	6	Heimaufsicht - Sozialpädagoge	1,0 A11	Entfristung eines Projektes
8	43	6	Heimaufsicht - Verwaltung	1,0 A11	Entfristung eines Projektes
9	24	2	Sachbearbeitung Gaststättenbehörde	0,5 A9/M	Aufarbeitung von Rückständen, mit kw-Vermerk

Nr.	Amt	THH	Bezeichnung	Bes. Gr./ Entg. Gr.	Bemerkungen
10	10	1	Kommunalaufsicht - überörtliche Prüfung von Gemeinden und Verbänden	0,5 A10	Aufarbeitung von Rückständen, mit kw-Vermerk
				<b>7,7</b>	

**b) mit Gegenfinanzierung**

Nr.	Amt	THH	Bezeichnung	Bes. Gr./ Entg. Gr.	Bemerkungen
1	22	1	Bußgeldstelle - Sonderordnungswidrigkeiten	1,0 A10	Ergebnis Personalbedarfsbemessung
2	41	4	Sachbearbeiter Leistung Job-Center	2,0 A10	erhöhter Aufwand
3	22	1	Bußgeldstelle - Verkehrsordnungswidrigkeiten	3,0 A7	auf Grundlage Personalbedarfsbemessung, mit kw-Vermerk
7	43	6	Gesundheitsplanung	1,0 E10	Neuausrichtung Gesundheitsamt, FAG Mittel
				<b>7,0</b>	

**c) Aufgabenzuwachs/Fallzahlensteigerung**

Nr.	Amt	THH	Bezeichnung	Bes. Gr./ Entg. Gr.	Bemerkungen
1	LR	1	Büro des Landrats	0,5 E08	gestiegener Aufwand
2	11	1	Umsetzung Neuregelung § 2b Umsatzsteuergesetz (ab 01.01.2021) und Implementierung Tax Compliance Management System	1,0 A11	zusätzliche Aufgaben aufgrund Gesetzesänderung
3	11	1	Controlling	1,0 A11	Unterstützung bei der Gesamtsteuerung der Verwaltung
4	12	1	Personalreferent/-in	1,0 A11	gestiegener Aufwand
5	12	1	Personalbetreuer/-in	1,0 A9/M	gestiegener Aufwand
6	12	1	Personalentwicklung	1,0 A11	Arbeitsmarktsituation, Fachkräftemangel, Mitarbeiterbindung
7	12	1	IT-Administrator	1,0 E11	gestiegener Aufwand
8	12	1	Service Help-Desk	1,0 E08	gestiegener Aufwand
9	12	1	Einführung und Weiterentwicklung Geoinformationssystem (GIS)	1,0 E11	Querschnittsaufgabe
10	21	2	Sachbearbeitung vorbeugender Brandschutz	1,0 E11	erhöhter Aufwand, Durchführung Brandverhütungsschau
11	22	2	ordnungsrechtliche Aufgaben Prostituiertenschutzgesetz	0,6 A11	neue Aufgabe aufgrund Gesetzesänderung

Nr.	Amt	THH	Bezeichnung	Bes. Gr./ Entg. Gr.	Bemerkungen
12	22	2	untere Jagdbehörde - Waffen	0,5 A11	Konzeption Waffenbehörde
13	22	2	verkehrsrechtliche Anordnungen	0,5 A10	Ergebnis Personalbedarfsbemessung
14	23	11,12	Fachanwendungen	0,25 E09B	erhöhter Aufwand
15	23	12	Untere Immissionsschutzbehörde - technische Sachbearbeitung	0,5 A11	Mehraufwand in der Gewerbeaufsicht
16	24	2	Veterinärhygienekontrolleur	1,0 E08	i. V. m. Streichung 0,8 Stellenanteile Verwaltung, Unterstützung der Amtstierärzte
17	25	2	Sachbearbeitung Ausländerbehörde	0,7 A6	gestiegene Fallzahlen
18	33	10	Sachbearbeitung ÖPNV	1,0 A11	erhöhter Aufwand
19	34	11	Vermessungstechniker	0,5 A9/M	erhöhter Kontrollaufwand im Zusammenhang mit EU-Förderverfahren
20	41	4	Bedarfsermittlung und Zugangssteuerung in der Hilfe zur Pflege	0,5 S12	neue Aufgabe aufgrund Gesetzesänderung
21	41	4	Eingliederungshilfe Sachbearbeitung/Fallmanagement	4,5 A11	Bundesteilhabegesetz
22	41	4	Eingliederungshilfe Sachbearbeitung Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt	1,5 A10	neue Aufgabe aufgrund Gesetzesänderung

Nr.	Amt	THH	Bezeichnung	Bes. Gr./ Entg. Gr.	Bemerkungen
23	41	4	Grundsicherung/Hilfe zum Lebensunterhalt + Hilfe zur Pflege	0,6 A10	erhöhter Aufwand
24	41	4	Wohngeld/BaföG/AFBG/BuT	0,3 A8	erhöhter Aufwand
25	41	4	Eingliederungshilfe	0,3 A11	erhöhter Aufwand
26	41	4	Beratungs- und Soziale Dienste + Schuldner- und Insolvenzberatung	0,6 E10	erhöhter Aufwand
27	41	4	Betreuungsbehörde + Schwerbehindertenrecht	0,6 E09A	erhöhter Aufwand
28	41	4	Geschäftsteilnehmung neuer GT „Soziale Dienstleistungen und Versorgungsamt“	0,5 A12	erhöhter Aufwand
29	41	4	Sachgebietsleitung Eingliederungshilfe	0,5 A12	erhöhter Aufwand
30	43	6	Beratung im Rahmen des Prostituiertenschutzgesetzes	0,6 E09B	neue Aufgabe aufgrund Gesetzesänderung
31	PR	1	Freistellung Personalrat	0,5 A13/G	gesetzlicher Freistellungsanspruch
				<b>26,05</b>	

**d) Stellenschaffungen mit kw-Vermerk**

<b>Nr.</b>	<b>Amt</b>	<b>THH</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Bes. Gr./ Entg. Gr.</b>	<b>Bemerkungen</b>
1	10	1	Sachbearbeitung Datenschutz	0,5 A10	neue Aufgabe aufgrund Gesetzesänderung (Datenschutzgrundverordnung)
2	12	1	DMS	1,0 A11	Schaffung für Projekt Einführung Dokumentenmanagementsystem
3	12	1	Infotheke	1,0 E05	Dienstleistungsaspekt, „Wegweiser“ für Publikum
4	21	8	Sachbearbeitung Baurecht	1,0 A11	zusätzliche Führungsanteile notwendig, erhöhter Aufwand
5	22	2	Waffenkontrolleure + Vorbereitung personenbeförderung- und güterkraftverkehrsrechtliche Entscheidungen	0,5 E06	geringfügige Beschäftigungsverhältnisse
6	42	5	Allgemeiner Sozialer Dienst	3,0 S14	gestiegene Fallzahlen
				<b>7,0</b>	

**3. Stellenanhebungen/-senkungen (aufgrund von aktuellen Stellenbewertungen)**

<b>Amt</b>	<b>THH</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>von/nach</b>
1	1	Verwaltungsdezernent	1,0 A16 nach B2
12	1	Geschäftsteilnehmung Organisation	1,0 A12 nach A13/G
22	2	stellvertretende Leitung Fahrerlaubnisbehörde	1,0 A10 nach A11
25	4	Sachbearbeitung Zentrale Dienste	0,5 A9/G. nach A9/M.
33	11, 13	Geschäftsteilnehmung Regionalentwicklung	1,0 A12 nach A13
41	4	Fachassistentin Leistung Job-Center	1,0 A10 nach A9/M
41	4	Sachbearbeitung Wohngeld, Bildung und Teilhabe	1,0 A7 nach A8
41	4	Teamleitung Job-Center	1,0 A11 nach A12
42	5	Sachbearbeitung Jugendhilfeplanung	0,5 A10 nach A11
43	6	Geschäftsteilnehmung Heimaufsicht	1,0 A11 nach A12

**4. Stellenumwandlungen**

<b>Amt</b>	<b>THH</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>von/nach</b>
11	1	Buchhalter/in	0,44 E05 nach A9/M
21	8	VWS Baurechtsverfahren	0,5 A11 nach E05
22	2	Sachbearbeitung Waffenbehörde	0,5 E07 nach A11
22	2	Geschäftsteilleitung Zulassung	1,0 E11 nach A12
23	12	Sachbearbeitung Fachtechnik betrieblicher Arbeitsschutz	0,2 E11 nach A11
25	4	Sachbearbeitung Asylbewerberleistungsgesetz	0,5 A10 nach E06
25	4	Sachbearbeitung Asylbewerberleistungsgesetz	0,5 A10 nach E07
25	2	Sachbearbeitung Ausländerwesen	1,0 E09A nach A8
31	7	Vermessungstechniker/in	1,0 E07 nach A7
34	11	Vermessungstechniker/in	0,5 E06 nach A9/M
41	4	Sachbearbeitung Eingliederungshilfe Rechenstelle	0,1 A10 nach E06
41	4	Job-Center Sachbearbeitung Leistung	0,1 E09A nach A10
42	5	VWS Wirtschaftliche Jugendhilfe	0,5 A6 nach E06
42	5	Sachbearbeitung Unterhaltsvorschuss Rückgriff	0,2 A11 nach A10
42	5	Sachbearbeitung Unterhaltsvorschuss Bewilligung	0,75 E09A nach A9/M

Div.	1, 2, 3, 9, 11	Ausgleich diverse Stellenanteile Arbeitszeiterhöhungen	1,0 A6 nach E10
Div.	5	Ausgleich diverse Stellenanteile Arbeitszeiterhöhungen	0,24 A6 nach S11B
Div.	1	Ausgleich diverse Stellenanteile Arbeitszeiterhöhungen	0,2 A13 nach A11
PR	1	Personalrat	0,75 S14 nach A12